Prozeßauftakt ohne Karadzic

Staatsanwältin im Haager Jugoslawien-Tribunal beantragt Pflichtverteidigung

Von Cathrin Schütz

Ich stelle fest, daß Herr Karadzic nicht anwesend ist.« Mit diesen Worten des Vorsitzenden Richters O-Gon Kwon begann am gestrigen Montag vor dem Jugoslawien-Tribunal (ICTY) in Den Haag der Prozeß gegen den ehemaligen Präsidenten der serbischen Republik in Bosnien. Radovan Karadzic hatte sich trotz einer dringenden Aufforderung des Gerichts entschieden, dem Auftakt aus Mangel an Vorbereitungszeit demonstrativ fernzubleiben. Die deutsche Staatsanwältin Hildegard Uertz-Retzlaff beantragte daraufhin im Namen der Anklage, für Karadzic gegen seinen Willen einen Pflichtverteidiger einzusetzen.

Die Forderung, Karadzic das Recht auf Selbstverteidigung zu entziehen, war in den vergangenen Tagen bereits in verschiedenen Medien erhoben worden. Wie schon der frühere jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic würde auch Karadzic den Prozeß als politische Bühne nutzen, lautete der Vorwurf. Christoph Flügge, deutscher Richter am ICTY, unterstellte, Karadzic wolle ein Schauspiel inszenieren.

Tatsächlich geht es dem Angeklagten derzeit um die Einforderung seines Rechts auf einen fairen Prozeß. Er beantragte in den vergangenen Monaten mehrfach die Verlängerung der Zeit zur Vorbereitung seiner Verteidigung, nachdem die ursprünglich im Juli 1995 erhobene Anklage in immer wieder veränderten Versionen vorlag und bis zuletzt offenstand, welche Anklagepunkte nun Gegenstand der Verhandlung sein sollten. Statt Karadzic genug Zeit einzuräumen, um die letzte Version der Anklage samt der gut eine Million Seiten umfassenden Aussagen zu lesen, legte das Tribunal eine Woche vor Prozeßbeginn nochmals eine neue Fassung der Anklageschrift vor.

Die aktuelle Forderung nach Pflichtverteidigern erinnert in der Tat an den Milosevic-Prozeß. Die ehemalige Präsident Jugoslawiens (1997–2000), der vor allem die kriminelle Rolle der USA und Deutschlands bei der Zerschlagung des Landes nachgewiesen hatte, starb 2006 unter bis heute nicht restlos geklärten Umständen in Haft. Karadzic hat angekündigt, als sein eigener Verteidiger auch während des Bürgerkriegs in Bosnien im Raum Srebrenica stationierte niederländische UNO-Soldaten zu vernehmen. Diese würden der Version eines Völkermordes der Serben an 7000 bis 8000 bosnischen Muslimen widersprechen, so seine Einschätzung.

Das Verfahren wurde auf den heutigen Dienstag nachmittag vertagt.

junge Welt, 27.10.2009